Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10660

07. 05. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft, Manfred Müller (Berlin), Steffen Tippach, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zu der Beratung der Großen Antrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Ulrich Adam, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Jürgen Koppelin, Dr. Rainer Ortleb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksachen 13/9720, 13/10140 –

Wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraumes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Nach der Überwindung der politischen und militärischen Spaltung Europas besteht erstmals in der Menschheitsgeschichte die Chance, daß die Ostsee nicht nur geographisch, sondern auch politisch zu einem wahrhaft europäischen Binnenmeer, der Ostseeraum zu einer Region des Friedens, der Freiheit, des Wohlstandes und der Wahrung der Würde für jede und jeden seiner Bewohnerinnen und Bewohner werden kann, dessen Völker und Staaten in guter Nachbarschaft und Freundschaft miteinander leben.

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt und ermuntert alle Initiativen, die der Wahrnehmung dieser Chance dienen.

   Frieden für alle ist am besten durch Entwicklung der Ostsee zu einer militärfreien Zone zu sichern.

   Freiheit, Wohlstand und Menschenwürde für alle Bewohner ihrer Ufer kann durch Kooperation der Anrainerstaaten auf gleichberechtigter Grundlage, frei von jeglichem Nationalismus oder Fremdenhaß, erreicht bzw. gesichert werden. Dabei sind die Stärken des Ostseeraumes – diversifizierte Industrien bis hin zur Hochtechnologie, Rohstoffe, entwickelte Handelszentren und Verkehrswege, insbesondere die Ostsee als verbindende Wasserstraße, eine ausgebildete Bevölkerung sowie traditionelle wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen – weiter zu nutzen und auszubauen, um seine Schwächen – den unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand zwi-

schen südlichen sowie südöstlichen Anrainern und den EU-Mitgliedern des Ostseeraumes – abzubauen. Hauptfelder solcher Kooperation sollten wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umweltschutz, Kultur, Wissenschaft und innere Sicherheit sein. Die Perspektive einer Mitgliedschaft aller anderer Anrainer in der EU darf Rußland nicht um Teilhabe – Mitsprache und Einflußnahme – an der Entwicklung des Ostseeraumes bringen.

3. Der von den Regierungen betriebene, für alle Beteiligten nicht problemlose politische und wirtschaftliche Einigungsprozeß des Ostseeraumes kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn er durch eine verstärkte Annäherung, wechselseitiges Verständnis der Bewohnerinnen und Bewohner, der Institutionen, Vereine und Verbände auf lokaler und regionaler Ebene getragen ist.

   Der Deutsche Bundestag sieht in Alltagsbegegnungen und -verständnis das Fundament für jede weitere wechselseitige politische und wirtschaftliche Verflechtung im Ostseeraum. Er begrüßt alle Schritte in diesem Prozeß, wie Partnerschaften von Kommunen oder Schulen, und beteiligt sich selbst an ihm, z. B. durch Mitarbeit von seinen Mitgliedern in bi- bzw. multilateralen Parlamentariergruppen von Euroregionen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Völkern der Ostseeanrainerstaaten auf allen Gebieten zielstrebig zu entwickeln und zu fördern,

2. Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu unterstützen, um die Ostsee zu einer militärfreien Zone zu gestalten.

Bonn, den 4. Mai 1998

Rolf Kutzmutz
Dr. Christa Luft
Manfred Müller (Berlin)
Steffen Tippach
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333